## Stadtverordnetenversammlung Cottbus / Chóśebuz



## **Antrag**

## Antrags-Nr.: 019/18 ⊠ öffentlich □ nichtöffentlich

Antragsteller: AUB/SUB Antragsdatum: 11. Juni 2018

| Beratungsfolge:  | Datum     |   |                                  | Datum         |  |
|--|-----------|---|----------------------------------|---------------|--|
| ☐ Dienstberatung Rathausspitze   |           | ☐ Umwe  | elt                              |               |  |
| ☐ Haushalt und Finanzen  |           |   | ausschuss                        | 20.06.2018    |  |
| Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen  |           | Stadtv     St | verordnetenversammlung           | 27.06.2018    |  |
| ☐ Wirtschaft, Bau und Verkehr  |           | ☐ Ortsb   | eiräte/Ortsbeirat                |               |  |
| ☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur   |           | ☐ JHA   |                                  |               |  |
| Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.  |           |   |                                  |               |  |
| Antragsgegenstand: Essbare Stadt   |           |   |                                  |               |  |
| Inhalt des Antrages:   |           |   |                                  |               |  |
| Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein Konzept für ein Projekt "Essbare Stadt" in Cottbus nach dem Vorbild der Stadt Andernach zu entwickeln.   |           |   |                                  |               |  |
| Wünschenswert wäre das Finden von Standorten, welche sich in der Nähe von Schulen befinden, um so den Anbau von Nahrungsmitteln und das Thema gesunde Ernährung in den Unterricht integrieren zu können.   |           |   |                                  |               |  |
| Das Konzept soll vor allem bei Neu- und Umgestaltungen - zum Beispiel im Stadtteil Schmellwitz - bevorzugt berücksichtigt werden. Die Stadt und das Grünflächenamt sollen in diesem Zusammenhang prüfen, ob die teilweise Umwandlung städtischer Parks / Flächen und Zierpflanzungen in öffentliche Nutzpflanzungen im Sinne einer "essbaren Stadt" auch in Cottbus möglich ist und welche Möglichkeiten es gibt, nachhaltige "Patenschaften" zu organisieren, zum Beispiel über die Stadtteilvereine. |           |   |                                  |               |  |
| Stauttenvereine.   |           |   |                                  | b. w.         |  |
|  |           |   |                                  | <i>0. w</i> . |  |
|  |           |   |                                  |               |  |
| Torsten Kaps   |           |   |                                  |               |  |
| Beschlussniederschrift: Gremium: HA StVV   |           |   | Beschluss-Nr.:                   |               |  |
| <del></del>  |           |   | Tagung am:                       | TOP:          |  |
| einstimmig mit S   | Stimmenme | hrheit  | Anzahl der <b>Ja</b> -Stimmen    | _             |  |
|  |           | minoit  |                                  |               |  |
| laut Antragsvorschlag  |           |   | Anzahl der <b>Nein</b> -Stimmen: |               |  |
| mit Veränderungen ( siehe Niederschrift )  |           | Anzahl der <b>Stimmenthaltungen</b>   |                                  |               |  |

## Begründung:

Die Stadt Andernach geht seit dem Jahr 2008 neue Wege in der Grünplanung. "Pflücken erlaubt" statt "Betreten verboten" heißt es dort. Ob Erdbeeren, Salat oder Zwiebeln: Die Stadtverwaltung lässt fast überall Gemüse, Obst und Kräuter anbauen – und jeder darf sich bedienen. So werden öffentlichen Parks und Grünanlagen zum Garten für die Bürger. Die öffentlichen Nutzpflanzen zeigen, wie man sich gesund ernährt und steigern die Wertschätzung für regionale Lebensmittel. Ob jäten oder ernten: Jeder darf mitmachen. Das städtische Grün übernimmt im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung nicht nur ästhetische Funktionen, sondern auch ökologische und ökonomische. Bürgerinnen und Bürger werden für "ihre" städtischen Grünflächen sensibilisiert und in die Nutzung und Pflege mit eingebunden.

"Pflücken erlaubt, statt Betreten verboten".

Die Bürgerinnen und Bürger bedienen sich nicht nur kostenlos am Gemüse auf den öffentlichen Flächen, sondern helfen auch als Freiwillige bei Anbau und Pflege mit. Nicht jeder hat einen eigenen Garten oder kann sich einen eigenen Kleingarten leisten, sei es aus zeitlichen, gesundheitlichen oder finanziellen Gründen.

Auf vielen ehemaligen Blumenbeeten und Rasenflächen wachsen heute Nutzpflanzen. Diese erstrecken sich vom Gemüseanbau bis hin zu einer – im Vergleich zu den klassischen Rasenflächen – weniger pflegeintensiven Wildblumenwiese. Blumenbeete werden durch die Bepflanzung mit einheimischen Stauden pflegeleichter und die mehrmals im Jahr notwendige Neubepflanzung kann entfallen. In Andernach konnten so die Kosten für Pflege und Bepflanzung der öffentlichen Grünanlagen bis zu 90 Prozent reduziert werden.

Vandalismus gibt es entgegen allen Unkenrufen nicht. Mit der neuen Nutzung der Grünflächen treten die Bürger diesen mit mehr Respekt entgegen.